



S.E. Prof. Dr. Avi Primor
Botschafter des Staates Israel a.D.

„Der Nahe Osten als Herausforderung internationaler Politik“

Prof. Dr. Avi Primor
8. April 1935 geboren in Tel Aviv.
1952–1955 Studium der Politischen Wissenschaften und Internationalen Beziehungen in Jerusalem, New York und Paris. Als Panzersoldat im Suez-Feldzug 1956 verwundet. 1961 Eintritt in den diplomatischen Dienst Israels. Unterschiedliche Verwendungen in afrikanischen und europäischen Ländern. 1987–1991 Botschafter bei der Europäischen Gemeinschaft. 1991–1993 Vizepräsident der Hebräischen Universität Jerusalem. 1993–1999 Botschafter Israels in Deutschland. Seither unterschiedliche Aufgaben vorwiegend im universitären Bereich.

Vom israelischen Blickwinkel aus gesehen kann man den Eindruck gewinnen, dass die politische Situation im Nahen Osten lahmliegt. Es bewegt sich nichts, und die einzige Sorge der israelischen Regierung scheint ihr politisches Überleben zu sein. Ministerpräsident Ehud Olmert ging im Frühjahr mit einem einzigen Programmpunkt in die Wahlen: die Fortsetzung des im August 2005 im Gazastreifen durchgeführten einseitigen Abzugs in den größten Teilen des Westjordanlandes. Bei der Koalitionsbildung nach den Wahlen verlangte zwar sein Hauptpartner, die Arbeitspartei, Verhandlung mit den Palästinensern über den weiteren Abzug. Olmerts Akzeptanz dieser Forderung schien jedoch nur ein Lippenbekenntnis zu sein. Nachdem die Israelis von den einseitig geräumten Gebieten im Gazastreifen und später auch von Südlibanon heraus angegriffen und mit Raketen beschossen wurden, verlor der einseitige Abzugsplan jegliche Unterstützung in der israelischen Bevölkerung. Für das rechte Lager ist die Konsequenz der „Desaster“ der einseitigen Abzüge die Verweigerung eines jeglichen weiteren Rückzugs aus irgendwelchen Gebieten. Andere wiederum sind für einen Rückzug, aber nicht für ein einseitiges Unternehmen. Und die Regierung, wie der Ministerpräsident in einem Interview selber gestanden hat, hat keine Agenda mehr. Die Bevölkerung wartet auf das Ergebnis des Untersuchungsausschusses, der Licht auf das Versagen im Libanonkrieg werfen soll und dazu führen wird, dass „Köpfe rollen“. Das wird allerdings noch lange auf sich warten lassen, vielleicht sogar ein ganzes Jahr. Noch vor dem gefürchteten Ergebnis des Untersuchungsausschusses hat die Regierung den Zerfall der Koalition zu befürchten, der zu vorgezogenen Wahlen führen würde. Meinungsumfragen zufolge würden dann die Hauptkoalitionspartner gravierende Einbußen erleiden, und das rechte Lager bzw. das extrem rechte Lager würde mit wehenden Fahnen an die Macht kommen. Die Bevölkerung geht davon aus, dass angesichts des Ergebnisses des Libanonkrieges ein neuer Krieg bevorsteht und dass das rechte Lager eher die nötige Kompetenz hat, ihn angemessen vorzubereiten (Leute haben ein kurzes Gedächtnis: Ganz im Gegenteil wurden die erfolgreichen Kriege Israels alle von Arbeitspartei-Regierungen geführt). Das bedeutet jedoch nicht, dass die Leute sich den Krieg wünschen, ganz im Gegenteil. Nur gibt es ihrer Meinung nach keine Alternative dazu. Diese Alternative gibt es aber, wenngleich der Regierung die nötige Selbstsicherheit und Beherrschung dazu fehlt. Friedensinitiativen bedeuten, dass Risiken eingegangen und Zugeständnisse in Kauf genommen werden müssen. Davon müsste die Regierung die Bevölkerung überzeugen, sie lenken und nicht vor ihr zittern, wie dies heute der Fall ist. Wäre die Regierung etwas kühner, würde sie drei Möglichkeiten wahrnehmen, die sich heute anbieten:

1. Syrien drängt zunehmend und letztens auch schon ganz offen zur Aufnahme von Verhandlungen mit Israel. Syriens Interesse liegt nicht in dem Bündnis mit dem Iran, das eigentlich nur aus Not entstanden ist. Syrien will aus der Isolation herausbrechen, in die der Westen es

gedrängt hat. Das syrische Regime sorgt sich vor allem um sein Überleben, und dazu könnte ein Frieden mit Israel entscheidend sein. Dieser würde natürlich die Rückgabe der verlorenen Golanhöhen beinhalten, die das Regime zu Hause beliebt machen würde, wie auch die Trennung von den verschiedenen Elementen der „Achse des Bösen“ (Iran, Hamas und Hisbollah). Und dies würde doch eine Annäherung Syriens an den Westen und die gemäßigten arabischen Staaten wie u.a. Ägypten und Jordanien bedeuten.

Für Israel würde dies heißen, Frieden mit allen seinen unmittelbaren Nachbarstaaten geschlossen zu haben (Libanon würde sich Syrien sofort anschließen). Dies würde aber auch eine erhebliche Schwächung der Hisbollah und des extremistischsten Flügels der Hamas bedeuten, der heute in Damaskus ansässig ist. Nun heißt es, Israel könne wegen des Widerstandes der amerikanischen Regierung nicht mit den Syrern verhandeln. Zwar wird dieser Widerstand offen gezeigt, und es trifft auch zu, dass Israel sich nicht leisten kann, den Amerikanern zu widersprechen. Würden sich die Israelis dennoch für Verhandlungen mit Syrien entscheiden, hätten sie ganz bestimmt die Möglichkeit, die Amerikaner in dieser Sache zu besänftigen.

2. Eine zweite Möglichkeit ist die Ermutigung einer palästinensischen Einheitsregierung, die Verhandlungen mit dem palästinensischen Präsidenten Machmud Abbas, aber auch, und wenn auch nur mittelbar, mit der Hamasregierung ermöglichen würde. Vielleicht würde die Hamasbewegung immer noch nicht den Staat Israel anerkennen, aber sie würde mit Israel zumindest zu praktischen Arrangements kommen, die für sie selbst eine Überlebensfrage sind. Das würde Israel die Verwirklichung seines Hauptziels ermöglichen, nämlich Sicherheit in seinem unmittelbaren Umfeld schaffen.
3. Eine dritte Perspektive bietet Saudi-Arabien, dessen größte Sorge heute der Iran ist. Saudi-Arabien ist bereit, israelische Bemühungen zur Beruhigung des Nahen Ostens zu unterstützen. Die Saudis sind gewillt, ihren Friedensplan von 2002 wiederzubeleben, der verspricht, Israel für die Rückgabe aller besetzten Gebiete mit der Anerkennung der gesamten arabischen Welt, Frieden und Kooperation zu belohnen.

Alle drei Perspektiven fordern israelische Zugeständnisse, die, wie die Regierung befürchtet, für die israelische Bevölkerung heute nicht akzeptabel sind. So zum Beispiel die Rückgabe der Golanhöhen und ein mit der Hamasbewegung koordinierter Rückzug aus den palästinensischen Gebieten. Die menschliche Natur ist eben so, dass die meisten Leute sich eine Realität, mit der sie nicht vertraut sind, nicht vorstellen können oder nicht in Kauf nehmen wollen. Die Risiken der Gegenwart einer aggressiven syrischen Militärmacht, die von den Höhen des Golans auf Israel herunterblickt, wie dies vor dem Sechstagekrieg 1967 der Fall war, ist für die Israelis ein Alptraum. Der Rückzug auf die fragilen Grenzen von vor 1967, die eine unabhängige palästinensische Macht bis auf 30 Kilometer vor Tel Aviv bringt, wird von den Israelis als lebensgefährlich betrachtet. Dass die Rückgabe der besetzten Gebiete unter ganz anderen Umständen umgesetzt werden soll, nämlich im Rahmen eines Friedens, einer echten Zusammenarbeit mit den Nachbarn und Hand in Hand mit den weitgehendsten Sicherheitsvorkehrungen, kann sich der durchschnittliche Israeli nicht vorstellen. Erst nachdem die Regierung Risikobereitschaft entwickelt haben sollte, die Bevölkerung zunächst durch Verhandlungen mit den Nachbarn verärgern und ihr dann einen detaillierten Friedensentwurf unterbreiten würde, könnte sich die öffentliche Meinung ändern.

Bis zur Heimkehr der von der Hamas im Gazastreifen und von der Hisbollah im Südlibanon entführten israelischen Soldaten wird auf jeden Fall nichts zu unternehmen sein. Es stellt sich die Frage, ob nach dem erfolgreichen Ende der heute im Geheimen geführten Verhandlungen über den Gefangenenaustausch die israelische Regierung mehr politischen Mut haben wird. Viele Stimmen, auch in der Regierung selbst, verlangen danach. Unter anderem verstehen sie, dass sich die Regierung unter Umständen nur durch einen kühnen Durchbruch in Richtung eines Friedensprozesses einen politischen Rettungsring zuwerfen können wird. ■